

Dossier

über rechtsextreme und rassistische Aktivitäten mit Oberösterreich-Bezug

(Aktualisierte Fassung: Stand 1. März 2013)

In Oberösterreich haben während der letzten Jahre rechtsextreme, rassistische und neonazistische Umtriebe massiv zugenommen:

Im November 2008 wird eine Welser Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der „Reichspogromnacht“ durch Skinheads gestört.

Ebenfalls im November 2008 erhalten engagierte Antifaschisten – darunter der Welser Bürgermeister Peter Koits und der Landtagsabgeordnete Gunther Trübswasser – Morddrohungen.

Im Februar 2009 wird die KZ-Gedenkstätte Mauthausen mit einer sowohl jüden- als auch islamfeindlichen Parole beschmiert.

Im März 2009 findet in den Redoutensälen des Landestheaters ein „Freiheitskommers“ der rechtsextremen Burschenschaft „Arminia Czernowitz“ statt.

Im April und Mai 2009 will die „Nationale Volkspartei“ (NVP) – ihr Parteiprogramm stammt zum Teil wortwörtlich aus einem Schulungstext der SS – zwei Aufmärsche in Braunau und Linz durchführen, die nach breiten Protesten verboten werden.

Im Mai 2009 attackieren jugendliche Täter bei einer Gedenkfeier in Ebensee KZ-Überlebende.

Ebenfalls im Mai 2009 versammeln sich in einem Gasthaus in Grünau Rechtsextremisten zur Musik einer einschlägigen Band.

Im Juni 2009 wird ein Linzer Kindergarten mit der gleichen Parole beschmiert wie im Februar die KZ-Gedenkstätte Mauthausen.

Ebenfalls im Juni 2009 wird eine Ärztin afrikanischer Abstammung in einem Linzer Bus mit den Parolen „Abendland in Christenhand“ und „Neger raus“ rassistisch angepöbelt.

Im Juli 2009 erhält eine homosexuelle Frau in Linz eine Postkarte mit einem Foto von NS-Propagandaminister Goebbels und der Drohung „Wir kommen!“.

Im August 2009 wird eine Gospel-Kirche in Linz mit Hakenkreuzen und rassistischen Parolen beschmiert.

Ebenfalls im August 2009 lassen die zuständigen Wahlbehörden nach breiten Protesten die „Nationale Volkspartei“ (NVP) sowie die Welser Bürgerliste „Die Bunten“ nicht zu Wahlen zu und zeigen sie wegen NS-Wiederbetätigung an.

Ebenfalls im August 2009 wird der Bahnhof von Neuhofen an der Krems mit den Parolen „Wir töten Türken“ und „Sieg Heil“ beschmiert.

Im Dezember 2009 wird die Wahlanfechtung der „Nationalen Volkspartei“ (NVP) vom Verfassungsgerichtshof abgewiesen.

Im Februar 2010 wird bekannt, dass die „Nationale Volkspartei“ (NVP) für 8. Mai – dem Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation Hitler-Deutschlands – einen „Trauermarsch“ durch die Linzer Innenstadt plant.

Ebenfalls im Februar 2010 werden Fotos von Kandidaten der „Bunten“ mit neonazistischen T-Shirts und mit dem Hitlergruß veröffentlicht. Ein Teil dieser Fotos stammt aus der KZ-Gedenkstätte Mauthausen.

Im März 2010 schließt Facebook nach einem Appell des Mauthausen Komitees Österreich (MKÖ) eine Fangruppe mit dem Titel „Kinderschänder, für Euch eröffnen wir wieder Mauthausen!“. Diese Fangruppe hat 13.000 Unterstützer, darunter auch Robert Faller, den „Generalsekretär“ der „Nationalen Volkspartei“ (NVP).

Ebenfalls im März 2010 wird die Wahlanfechtung der „Bunten“ vom Verfassungsgerichtshof abgewiesen.

Ebenfalls im März 2010 wird die KZ-Gedenkstätte Mauthausen neuerlich mit einer rassistischen und antisemitischen Parole beschmiert.

Im April 2010 zeigt die SPÖ Oberösterreich die „Nationale Volkspartei“ (NVP) und die „Bunten“ wegen NS-Wiederbetätigung an und übermittelt die Anzeigen auch an Justizministerin Claudia Bandion-Ortner.

Ebenfalls im April 2010 führt die Burschenschaft „Arminia Czernowitz“ in Linz eine Veranstaltung mit dem rechtsextremen deutschen Publizisten Richard Melisch¹ durch. Beworben wird die Veranstaltung durch ein Plakat mit einem nur geringfügig veränderten NSDAP-Motiv.

Im Mai 2010 wird in Ansfelden eine Gedenktafel, die an den Todesmarsch der ungarischen Juden erinnerte, zerstört. Bereits davor wird in Ansfelden eine Kapelle verwüstet und mit rechtsextremen Parolen beschmiert.

Ebenfalls im Mai 2010 sagt die „Nationale Volkspartei“ (NVP) nach breitem Widerstand ihren „Trauermarsch“ durch die Linzer Innenstadt ab und nimmt stattdessen an einer rechtsextremen Kundgebung in München teil.

Ebenfalls im Mai 2010 kritisiert das Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ), dass die Staatsanwaltschaft Wels ein Jahr nach der Attacke jugendlicher Täter auf KZ-Überlebende in Ebensee noch immer keine strafrechtlichen Konsequenzen gezogen hat.

Ebenfalls im Mai 2010 drückt ein bekannter Rechtsextremist in Linz seine Zigarette im Gesicht eines Lehrlings aus, der ihm als Antifaschist bekannt ist.

Im Mai und Juni 2010 berichten mehrere Medien über den rechtsextremen Jugendclub „Objekt 21“ in Desselbrunn bei Schwanenstadt.

Im Juni 2010 führt der Verfassungsschutz bei zwei führenden Funktionären der „Nationalen Volkspartei“ (NVP) Hausdurchsuchungen durch und beschlagnahmt Materialien.

Im Juli 2010 will die „Nationale Volkspartei“ (NVP) in Frankenburg unter dem Titel „Arigona go home!“ eine Demonstration abhalten, die nach breiten Protesten verboten wird.

Im August 2010 berichten mehrere Medien, dass der rechtsextreme Jugendclub „Objekt 21“ in Desselbrunn bei Schwanenstadt seine Umtriebe fortsetzt und sogar einen Internet-Versand betreibt. Der Verfassungsschutz führt eine Hausdurchsuchung durch.

Ebenfalls im August 2010 kritisieren SPÖ, Grüne, KPÖ und Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ), dass die Anzeigen der Wahlbehörden gegen die „Nationale Volkspartei“ (NVP) und die „Bunten“ bereits ein Jahr zurückliegen, aber die Staatsanwaltschaften Linz und Wels noch immer keine strafrechtlichen Konsequenzen gezogen haben.

Im September 2010 werden vom Landesgericht Ried im Innkreis zwei junge Rechtsextremisten, die bei einem Konzert der Kommunistischen Jugend NS-Lieder gesungen, eine Hakenkreuzfahne geschwenkt und den Hitler-Gruß verwendet haben, zu teilweise bedingten Freiheitsstrafen verurteilt.

Im Oktober 2010 zündet ein junger Mann in Schärding ein von Einwanderern bewohntes Haus an. Anschließend nimmt er einen elfjährigen Buben als Geisel. Bis zur Festnahme werden neun Hausbewohner und ein Polizist verletzt. Der Brandstifter wurde kurz vor seiner Tat – es war der „Tag der deutschen Einheit“ – mit einer deutschen Fahne gesehen. Nach der Tat brüllt er rassistische Parolen.

Ebenfalls im Oktober 2010 findet im Gasthaus Lauber in Offenhausen eine „Politische Akademie“ der „Aktionsgemeinschaft für demokratische Politik“ (AFP) statt, an der rund 70 Rechtsextremisten aus Österreich und Deutschland teilnehmen – darunter auch Szenegrößen wie Udo Pastörs, Fraktionsvorsitzender der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

Im Dezember 2010 werden vom Landesgericht Wels drei Jugendliche, die im Mai 2009 bei einer Gedenkfeier in Ebensee KZ-Überlebende attackiert haben, zu bedingten Freiheitsstrafen bis zu sechs Monaten verurteilt. Gegen diese Urteile werden Rechtsmittel eingebracht. Ein vierter Jugendlicher wird im Zweifel freigesprochen.

Ebenfalls im Dezember 2010 erstattet ein niederländischer Chemie-Manager Anzeige, weil auf einem Flohmarkt im Zentrum von Linz große Mengen an NS-Literatur angeboten werden – bis hin zu Neonazi-Propaganda wie der Broschüre „Die Auschwitz-Lüge“. Ein Standinhaber bekommt eine Verwaltungsstrafe und verliert seine Standgenehmigung. Die Linzer Stadträtin Susanne Wegscheider (ÖVP) will wirksame Flohmarktkontrollen durch Marktaufsicht und Polizei erreichen.

Im Jänner 2011 wird der rechtsextreme Jugendclub „Objekt 21“ in Desselbrunn bei Schwanenstadt nach monatelangen Medienberichten und breiten Protesten von der Sicherheitsdirektion Oberösterreich rechtskräftig aufgelöst.

Im Februar 2011 verbreiten unbekannte Täter, die der neonazistischen Homepage „Alpen-Donau.Info“ nahestehen, unter dem Motto „Der Volkstod kommt“ in Linz umfangreiches rechtsextremes Propagandamaterial. Als ein Bürger telefonisch die Polizei informiert, weigert sich diese, tätig zu werden.

Ebenfalls im Februar 2011 kritisieren Katholische Aktion, Evangelische Kirche, SPÖ, Grüne, KPÖ, ÖGB, Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) und OÖ. Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus, dass die Anzeigen der Wahlbehörden gegen die „Nationale Volkspartei“ (NVP) und die „Bunten“ bereits eineinhalb Jahre zurückliegen, aber die Staatsanwaltschaften Linz und Wels noch immer keine strafrechtlichen Konsequenzen gezogen haben.

Im März 2011 wird bekannt, dass ein Bürger bereits im November 2010 die Sicherheitsdirektion Oberösterreich per E-Mail über eine rechtsextreme Facebook-Seite informiert hat, die gezielt den Fremdenhass schürt. Der Bürger erhielt keine Antwort und die Facebook-Seite verbreitet nach wie vor ihre Hetzpropaganda – mit mehr als 15.000 Unterstützern.

Ebenfalls im März 2011 erstatten zwei Bürger Anzeige, weil auf einem Flohmarkt in Mauthausen gleich auf mehreren Ständen NS-Devotionalien angeboten werden.

Ebenfalls im März 2011 erstatten die Grünen bei der Staatsanwaltschaft Wels Anzeige

gegen den rechtsextremen Internet-Versand „Nordic Squad“ (NS), der in Desselbrunn bei Schwanenstadt von Aktivisten des behördlich aufgelösten Jugendclubs „Objekt 21“ betrieben wird.

Ebenfalls im März 2011 erhält der Linzer Datenforensiker Uwe Sailer, der in der neonazistischen Szene recherchiert, per Post einen Strick mit Henkersknoten zugeschickt.

Ebenfalls im März 2011 wird bekannt, dass ein führender Funktionär der „Nationalen Volkspartei“ (NVP) deutschen Gesinnungsgenossen empfohlen hat, Grundstücke von Moscheen durch Schweinekadaver zu schänden.

Im April 2011 wird vom Landesgericht Ried im Innkreis jener junge Mann, der im Oktober 2010 in Schärding ein von Einwanderern bewohntes Haus angezündet hat, wegen Brandstiftung und anderer Delikte verurteilt. Der Angeklagte nimmt das Urteil an und wird in eine Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher eingewiesen. Zu einer Erörterung der rassistischen Motive des Mannes kommt es im Prozess nicht.

Im Juni 2011 löst das Musikfestival „Northern Lights“ in Reichenthal breite Proteste aus, weil mehrere rechtsextreme Bands auftreten sollen. Auf der Homepage des Festivals werden Kritiker wüst beschimpft und bedroht. Der Reichenthaler Bürgermeister Karl Jaksch (ÖVP) verbietet die Veranstaltung trotzdem nicht, sondern lässt nur drei Bands ausladen. Ein „Kurier“-Journalist entdeckt bei einem kurzen Festival-Besuch Teilnehmer mit NS-Symbolen. Die Sozialistische Jugend (SJ) und die SPÖ Reichenthal halten unter dem Motto „Keine Bühne für braune Töne!“ eine Mahnwache ab.

Ebenfalls im Juni 2011 werden vom Oberlandesgericht Linz die bedingten Freiheitsstrafen für drei Jugendliche, die im Mai 2009 bei einer Gedenkfeier in Ebensee KZ-Überlebende attackiert haben, bestätigt.

Ebenfalls im Juni 2011 erstatten zwei Bürger Anzeige, weil auf einem Flohmarkt in Perg gleich auf mehreren Ständen NS-Devotionalien angeboten werden.

Im Juli 2011 prügeln mehrere Rechtsextremisten in der Welser Innenstadt auf Passantinnen und Passanten ein. Drei Schwerverletzte müssen in das Krankenhaus gebracht werden.

Ebenfalls im Juli 2011 erschießt ein Trauner seinen aus Rumänien stammenden Nachbarn und verletzt dessen Frau und Sohn schwer. Die Sicherheitsbehörden sprechen von einem „Nachbarschaftsstreit“ ohne politischen Hintergrund, obwohl der Täter in Bekennerschreiben und Vernehmungen rechtsextreme Motive angibt.

Im September 2011 berichten zahlreiche Medien über den Neonazi Andreas Thierry, der in Deutschland jahrelang Chefideologe der NPD war, weil er beim Monatsmagazin „Wels im Bild“ unter einem Decknamen als Journalist arbeiten darf. Das Arbeitsverhältnis wird

darauhin gelöst. Das Verteidigungsministerium und die Stadt Wels beenden ihre Geschäftsbeziehungen zur Moser Medien Group Austria, zu der „Wels im Bild“ gehört.

Im Oktober 2011 berichten mehrere Medien über den deutschen Rechtsextremisten Marcus Bauer, weil er für den in Linz ansässigen katholisch-fundamentalistischen Nachrichtendienst „kath.net“ Artikel verfasst hat.

Ebenfalls im Oktober 2011 werden vom Oberlandesgericht Linz zwei Rechtsextremisten wegen falscher Beweisaussage und Verleumdung zu bedingten Freiheitsstrafen von zehn Wochen und fünf Monaten verurteilt. Sie haben im Oktober 2010 einen jungen Antifaschisten zu Unrecht beschuldigt, er habe einen von ihnen im Umfeld eines rechtsextremen Treffens in Offenhausen mit dem Auto angefahren. Das Urteil wird rechtskräftig.

Im November 2011 stellt die Gleichbehandlungskommission eine rassistische Diskriminierung durch die Welser Diskothek „Fifty-Fifty“ fest: Im Jänner 2011 war Jugendlichen wegen ihrer afrikanischen Herkunft der Zutritt zum Lokal verweigert worden.

Im Jänner und Februar 2012 löst der „Burschenbundball“, der jedes Jahr im Kaufmännischen Vereinshaus in Linz stattfindet, wegen seines rechtsextremen Hintergrundes breite Proteste aus. Diese richten sich auch gegen die Teilnahme von Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP) sowie des Vizerektors der Johannes-Kepler-Universität Linz, Friedrich Roithmayr, am Ball.

Im Februar 2012 werden in Wels Brandanschläge auf ein Gebäude der „Volkshilfe“, die ein Integrationsbüro betreibt, sowie auf ein von türkischen Einwanderern bewohntes Haus verübt. Acht Menschen erleiden Rauchgasvergiftungen. Außerdem wird ein Mahnmal, das an einen neonazistischen Brandanschlag im Jahr 1997 erinnert, mit einem „Hitler-Gesicht“ beschmiert. Im März 2012 teilen das Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) und das OÖ. Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und der Öffentlichkeit mit, der Verdacht auf eine rechtsextreme Anschlagserie liege nahe. Ein Sprecher der Welser Polizei verneint dies und behauptet, in der Stadt gebe es keine rechtsextreme Szene.

Im März 2012 werden vom Landesgericht Linz zwei führende Aktivisten der „Nationalen Volkspartei“ (NVP) wegen NS-Wiederbetätigung zu bedingten Freiheitsstrafen von jeweils 18 Monaten verurteilt. Seit der Anzeige der Wahlbehörde gegen die NVP sind zweieinhalb Jahre vergangen. Gegen die Urteile werden Rechtsmittel eingebracht.

Ebenfalls im März 2012 erstattet ein niederländischer Chemie-Manager neuerlich Anzeige, weil auf einem Flohmarkt im Zentrum von Linz wieder große Mengen an NS-Literatur angeboten werden.

Ebenfalls im März 2012 erreichen das Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) und das

OÖ. Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus die Auflassung des Grabes der Eltern von Adolf Hitler. Das Grab auf dem katholischen Pfarrfriedhof von Leonding war immer wieder von Rechtsextremisten als Kult- und Pilgerstätte missbraucht worden. Die Auflassung findet ein weltweites Medienecho.

Im April 2012 versuchen Rechtsextremisten eine antifaschistische Demonstration in Braunau zu stören – unter anderem durch „Sieg Heil“-Rufe und eine Rauchgranate. Die Polizei nimmt eine Person fest und erstattet mehrere Anzeigen nach dem Verbotsgesetz. Noch im Jänner 2012 hatte ein Sprecher der Braunauer Polizei behauptet, im Bezirk gebe es keine rechtsextreme Szene, nur „rechts angehauchte Gruppen“.

Im Mai 2012 fordern die Grünen wirksame Maßnahmen, weil auf einem Flohmarkt im Zentrum von Linz nach wie vor NS-Literatur und NS-Devotionalien angeboten werden.

Ebenfalls im Mai 2012 kritisiert das Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) die rechtsextremen Symbole auf einem Laster der Spedition Spitzbart in Steinerkirchen an der Traun: das Wort „Führerhaus“ in Frakturschrift zwischen zwei Reichsadlern sowie das Logo der einschlägigen Textilmarke „Pitbull Germany“. Der Unternehmer verteidigt die von einem Fahrer angebrachten Symbole zuerst, lässt sie dann aber doch entfernen.

Ebenfalls im Mai 2012 werden vom Landesgericht Linz vier Jugendliche, die in Freistadt NS-Parolen gerufen und mit einem Gewehr auf ein islamisches Gebetshaus geschossen haben, zu bedingten Freiheitsstrafen zwischen drei und dreizehn Monaten verurteilt. Die Urteile werden rechtskräftig.

Im Juli 2012 löst das Musikfestival „Castle Invasion“ in Mining breite Proteste aus, weil vier rechtsextreme Bands auftreten sollen. Als Reaktion lässt der Mininger Bürgermeister Günter Hasiweder (ÖVP) die vier Bands ausladen und schränkt den Besuch der Veranstaltung auf volljährige Personen ein.

Im August 2012 kritisieren Katholische Aktion, Israelitische Kultusgemeinde, ÖGB, SPÖ, Grüne, KPÖ, Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) und OÖ. Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus den „mehr als laxen Umgang“ von Sicherheitsbehörden und Strafjustiz mit rechtsextremen Delikten. Verwiesen wird unter anderem auf einen Hetzartikel des Rechtsextremisten Fred Duswald im „Freiheitlichen Magazin AULA“. Dieser Artikel hat auch mehr als ein Jahr nach seinem Erscheinen noch zu keinen strafrechtlichen Konsequenzen geführt.

Ebenfalls im August 2012 wird im Landesgericht Wels ein Rechtsextremist aus Desselbrunn bei Schwanenstadt wegen jahrelangen Handels mit NS-Waren zu einer bedingten Freiheitsstrafe von zwölf Monaten verurteilt. Er war Aktivist des behördlich aufgelösten Jugendclubs „Objekt 21“. Das Urteil wird rechtskräftig.

Im September 2012 schmieren unbekannte Täter ein großes Hakenkreuz auf das Dach der

Gmundner Eishalle. Dazu müssen sie mehrere Barrieren überwinden. Die Polizei lässt von einem Hubschrauber aus Fotos des NS-Symbols anfertigen und ermittelt.

Im Oktober 2012 stellt die Gleichbehandlungskommission rassistische Diskriminierungen durch die Linzer Diskothek „Nachtwerft“ fest: Im Dezember 2011 war zwei Jugendlichen und einem Erwachsenen wegen ihrer Herkunft der Zutritt zum Lokal verweigert worden.

Im Jänner 2013 fordern mehr als 30 bekannte Persönlichkeiten Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP) in einem Offenen Brief auf, den jährlich stattfindenden „Burschenbundball“ nicht mehr zu besuchen. Sie verweisen auf den rechtsextremen Hintergrund des Balls. Pühringer erklärt, er sei diesmal verhindert, werde sich aber vertreten lassen und am Besuch des Balls festhalten.

Ebenfalls im Jänner 2013 entfernen unbekannte Täter von der Linzer Tabakfabrik eine Gedenktafel für fünf Widerstandskämpfer. Bald darauf wird die Gedenktafel in einem Gebüsch gefunden und wieder an ihrem Platz angebracht.

Ebenfalls im Jänner 2013 nimmt die Polizei 24 Aktivisten des behördlich aufgelösten Jugendclubs „Objekt 21“ in Desselbrunn bei Schwanenstadt fest. Zehn dieser Aktivisten kommen in Untersuchungshaft. Wie bekannt wird, war „Objekt 21“ ein kriminelles Neonazi-Netzwerk, dem bis zu 200 Personen angehörten und das neben NS-Wiederbetätigung auch zahlreiche andere schwere Straftaten verübte, darunter illegalen Waffenhandel, Drogenhandel, Zuhälterei, Brandanschläge, Körperverletzungen, Einbrüche und Raubüberfälle. Mehrere Schusswaffen und zehn Kilogramm Sprengstoff werden beschlagnahmt. Der durch „Objekt 21“ verursachte Gesamtschaden soll rund 3,5 Millionen Euro betragen. In der Folge kritisieren SPÖ, Grüne, KPÖ, Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) und OÖ. Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus die Sicherheitsbehörden, weil diese die rechtsextreme Szene verharmlost und „Objekt 21“ erst nach zweieinhalb Jahre ausgeschaltet haben. Das Medienecho ist groß. Berichtet wird auch über Vorwürfe, wonach Verfassungsschutzbeamte selbst weit rechts stehen und Polizisten die Neonazis von „Objekt 21“ mehrfach gewarnt haben sollen.

Im Februar 2013 werden vom Landesgericht Ried im Innkreis drei junge Rechtsextremisten wegen NS-Wiederbetätigung zu bedingten Freiheitsstrafen von jeweils sechs Monaten verurteilt. Sie haben unter anderem mit einem Bombenanschlag gedroht und am Ende einer antifaschistischen Demonstration in Braunau eine Rauchgranate geworfen. Vor Gericht stehen sie zu ihrer Gesinnung. Zwei der drei Urteile werden rechtskräftig.

Ebenfalls im Februar 2013 zeigt das OÖ. Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus den rechtsextremen Hintergrund von vier Musikfestivals auf, die im Kulturzentrum „Spinnerei“ in Traun stattfinden sollen. Der Verantwortliche des Kulturzentrums, der diesen Hintergrund bis dahin nicht gekannt hat, sagt die vier Festivals ab.

Das sind nur einige Beispiele von vielen. Am 15. Juni 2012 berichtet die Tageszeitung „Der Standard“, von den Sicherheitsbehörden seien in Oberösterreich während der beiden Jahre 2010 und 2011 insgesamt 171 rechtsextreme Delikte registriert worden.

Ein wesentlicher Teil der rechtsextremen und rassistischen Aussagen, Kontakte und Aktivitäten, die in Oberösterreich getätigt werden, ist der FPÖ und ihrem Umfeld zuzurechnen. Auch dazu einige Beispiele aus den letzten Jahren:

Wie die Tageszeitung „Österreich“ aufdeckt, sind mehrere Funktionäre des Rings Freiheitlicher Jugend gleichzeitig im offen rechtsextremen „Bund Freier Jugend“ (BFJ)² aktiv. Parteiinterne Konsequenzen hat das keine. („Österreich“, 14., 16., 17., 23. und 31. Juli 2008)

„Jede blonde, blauäugige Frau – das heißt jede Frau mit deutscher Muttersprache – braucht drei Kinder, weil sonst holen uns die Türkinen ein“, erklärt FPÖ-Landesobmann Lutz Weinzinger öffentlich. („ÖÖ. Nachrichten“, 19. September 2008)

Auf der Liste der Freiheitlichen Arbeitnehmer bei der oö. AK-Wahl 2009 kandidiert Harald Haas, gleichzeitig Aktivist des offen rechtsextremen „Bundes Freier Jugend“ (BFJ)². In seinem Auto stellt von der Polizei eine schwarz-weiß-rote Fahne mit der Aufschrift „Nationaler Widerstand“ sicher. Bemerkenswert ist eine Aussage, die Haas vor Gericht gemacht hat: „Ich sehe keinen Unterschied zwischen BFJ und FPÖ ...“ („Österreich“, 26. September 2008)

Die FPÖ verteidigt den „Freiheitskommers“ der rechtsextremen Burschenschaft „Arminia Czernowitz“ gegen breite Kritik aus demokratischen Organisationen. FPÖ-Landesobmann Lutz Weinzinger nimmt sogar an der Veranstaltung teil. Die Burschenschaft „Arminia Czernowitz“ ist Mitglied der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“, die für ein Großdeutschland in den Grenzen vom 1. September 1939 eintritt – also unter Einschluss Österreichs und der Sudetengebiete. („Kurier“, 28. Februar 2009)

Im Linzer Gemeinderat lehnt die FPÖ als einzige Fraktion einen Antrag ab, der „demokratie- und fremdenfeindliche sowie rechtsextreme Tendenzen“ verurteilt und sich für „Pluralität, Demokratie und Weltoffenheit“ ausspricht. (Protokoll der Linzer Gemeinderatssitzung vom 12. März 2009)

„Gemischte Sorte – Zuwanderung kann tödlich sein“ ist auf einem Aufkleber des Rings Freiheitlicher Jugend zu lesen. Dennis Russell Davies, der Chefdirigent des Bruckner-Orchesters, erstattet deshalb Anzeige wegen rassistischer Diskriminierung. Die FPÖ-Spitze steht vollinhaltlich hinter ihrem Parteinachwuchs. („Kurier“, 3. und 7. April 2009)

Der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender verlangt eine „Notgesetzgebung“, durch die das Parlament sich selbst und die Sozialpartner für den Bereich der Arbeitswelt ausschaltet. Dieser Bruch der Bundesverfassung soll es jedem Unternehmer ermöglichen, das Arbeitszeitgesetz und andere Arbeitnehmerrechte in seinem Betrieb außer Kraft zu setzen.

Erst einen Tag nachdem ZIB2-Moderator Armin Wolf FPÖ-Bundesobmann Heinz Christian Strache wegen des demokratiefeindlichen Vorstoßes in Bedrängnis gebracht hat, distanziert sich die FPÖ-Spitze. Noch wenige Tage zuvor haben die Freiheitlichen Arbeitnehmer in Oberösterreich ihre Parteikameraden ausdrücklich verteidigt.³ (ZIB2-Tagebuch von Armin Wolf, 16. März 2009)

FPÖ-Bundesobmann Heinz Christian Strache verharmlost in einer Rede vor dem FPÖ-Bundesparteitag im Linzer Design-Center die Attacke auf KZ-Überlebende bei einer Gedenkfeier in Ebensee: Die Täter seien „wirklich blöde Lausbuben“. Man solle nicht „Atombomben auf Spatzen werfen“. („ÖÖ. Nachrichten“, 18. Mai 2009)

Auf der Liste der Linzer FPÖ für die Gemeinderatswahl 2009 kandidieren zwei Personen mit einer Vorgeschichte in offen rechtsextremen Organisationen: Horst Rudolf Übelacker war Mitglied der deutschen „Republikaner“. Sebastian Ortner, der früher Sebastian Müllegger hieß, war Aktivist der neonazistischen „Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition“. Mittlerweile ist er Obmann der FPÖ Linz-Mitte. („tips Linz“, 20. Mai 2009, und „NEWS“, 4. Juni 2009) Beide ziehen in den Linzer Gemeinderat ein.

Auch in Oberösterreich wird der FPÖ-Wahlkampf-Comic „Der blaue Planet“ an zehntausende Jungwählerinnen und Jungwähler verschickt. Der Comic – von der FPÖ aus Fördermitteln für Bildungszwecke finanziert – schürt Vorurteile gegen Einwanderer, stellt einen EU-Vertreter als Schwein dar und enthält sowohl den in Deutschland verbotenen Kühnengruß als auch in gleich zwei Bildern die SS-Runen. („Kurier“, 28. Mai 2009)

Karl Polacek war Landesführer der wegen NS-Wiederbetätigung verbotenen „Freiheitlichen Arbeiterpartei“ in Niedersachsen. 1992 wurde er wegen einer Axt-Attacke auf eine Antifaschistin aus Deutschland ausgewiesen. Danach gab Polacek in Oberösterreich jahrelang die Hetzschrift „Braunauer Ausguck“ heraus. Laut Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes war er auch „Organisator der Skinhead-Szene“. Ungeachtet dessen scheint Polacek gemeinsam mit anderen offenen Rechtsextremisten – wie Richard Melisch¹ und Konrad Windisch⁴ – als Unterstützer im Personenkomitee des FPÖ-Spitzenkandidaten bei der EU-Wahl, Andreas Mölzer, auf. Erst nachdem die Tageszeitung „Kurier“ darüber berichtet hat, wird Polacek als Unterstützer gestrichen. („Kurier“, 28. Mai 2009)

Bei einer Kundgebung zum Finale des EU-Wahlkampfes, die die FPÖ auf dem Steyrer Hauptplatz abhält, beschimpft FPÖ-Bundesobmann Heinz Christian Strache friedliche Gegendemonstranten als „rote Nazis“. (www.rundschau.co.at, 6. Juni 2009)

Bei einer weiteren Kundgebung zum Finale des EU-Wahlkampfes, die die FPÖ in der Frankfurter Mehrzweckhalle abhält, hetzen FPÖ-Bundesobmann Heinz Christian Strache und FPÖ-Spitzenkandidat Andreas Mölzer ausdrücklich gegen die in Frankenburg ansässige Arigona Zogaj und ihre Familie.⁵ („profil“, 6. Juli 2009)

Wie das Wochenmagazin „NEWS“ aufdeckt, verweigert das Bundesheer dem Linzer FPÖ-Obmann Detlef Wimmer eine Offizierskarriere. Ausdrücklicher Grund dafür sind rechtsextreme Kontakte von Wimmer. Er hat sich wegen der Karrieresperre am 19. Dezember 2007 an die zuständige Parlamentarische Beschwerde-Kommission gewandt. Von dieser ist der Fall eingehend geprüft und die Beschwerde abgelehnt worden. („NEWS“, 23. Juli 2009) Trotzdem wird Wimmer nach der Gemeinderatswahl Sicherheitsstadtrat von Linz.

Der Welser FPÖ-Obmann Bernhard Wieser unterstützt die Kandidatur der „Nationalen Volkspartei“ (NVP) mit seiner Unterschrift. („Kurier“, 8. Oktober 2009) Als er unterschreibt, ist öffentlich bekannt, dass das Parteiprogramm der NVP zum Teil wortwörtlich aus einem Schulungstext der SS stammt. Die zuständige Wahlbehörde lässt die NVP in der Folge nicht zur Wahl zu und zeigt sie wegen NS-Wiederbetätigung an.

Der Linzer FPÖ-Obmann Detlef Wimmer wird von verschiedenen Seiten scharf kritisiert: Er ist Vorzeigemitglied der Burschenschaft „Arminia Czernowitz“, die eine Veranstaltung mit dem rechtsextremen deutschen Publizisten Richard Melisch¹ durchgeführt hat. Beworben wurde die Veranstaltung durch ein Plakat mit einem nur geringfügig veränderten NSDAP-Motiv. („Kurier“, 6. Mai 2010, und „Österreich“, 7. Mai 2010)

Der Ansfeldner FPÖ-Vizebürgermeister Albert Wituschek spricht in einer Gemeinderats-sitzung im Zusammenhang mit Integrationspolitik von „Umvolkung“ – verwendet also einen NS-Begriff. („Kurier“, 12. Mai 2010)

Der Welser FPÖ-Obmann und -Vizebürgermeister Bernhard Wieser lässt die 1940 vom NS-Bürgermeister Josef Schuller in Auftrag gegebene „Venus von Wels“ auf Kosten der Stadt restaurieren. Wieser will die Statue – laut Schuller ein „Gruß des nationalsozialistischen Wels an die Antike“ – vor dem neuen Kulturzentrum Herminenhof wiederaufstellen. Nach breiten Protesten verhindern SPÖ und ÖVP diesen „braunen Fleck“. Unterstützung findet Wiesers Plan dagegen bei der neonazistischen Homepage „Alpen-Donau.Info“. („Kurier“, 5., 6., 8. und 11. Juni 2010, und „OÖ. Nachrichten“ , 8. Juni 2010)

Der Welser FPÖ-Stadtrat Andreas Rabl behauptet in einer Presseaussendung, Schulkinder in Wels hätten Allah besingen müssen. Schuld daran sei die Politik der SPÖ. Tatsächlich haben in einer Volksschule katholische und muslimische Religionslehrer gemeinsam eine Feier gestaltet, in der von den Kindern je nach ihrem religiösen Bekenntnis Lieder gesungen wurden. Bezirksschulinspektorin Barbara Pitzer weist Rabls Vorwurf als „haltlos“ zurück. Der Welser SPÖ-Integrations-sprecher Johann Reindl-Schwaighofer wirft dem FPÖ-Stadtrat „polemische Hetze“ und „Schüren von Hass“ vor. („Kurier“, 5. und 6. Oktober 2010, und „OÖ. Nachrichten“, 5. Oktober 2010)

Der FPÖ-Gemeinderat Heinz Mittermaier aus Attnang-Puchheim veröffentlicht auf seiner Homepage einen „Witz“: Ein Mann beantragt für seinen Hund Sozialhilfe. Denn das Tier sei

„schwarz, arbeitslos, faul, kann kein Deutsch und hat keine Ahnung, wer sein Vater ist“. Mit dieser Begründung bekommt der Hund in Mittermaiers „Witz“ Sozialhilfe. Das Mauthausen Komitee Vöcklabruck nennt diese Veröffentlichung des FPÖ-Gemeinderats „widerlich, rassistisch, menschenverachtend und diskriminierend“. („Kurier“, 19. Oktober 2010)

FPÖ-Landesobmann und -Landesrat Manfred Haimbuchner ist auch stellvertretender Obmann des rechtsextremen Vereines „Witikobund“. Dieser Verein strebt ein Großdeutschland unter Einschluss Österreichs an, will also Österreich als selbständigen Staat beseitigen. („Österreich“, 11., 12. und 13. Februar 2011)

Der Mitterkirchner FPÖ-Obmann Erwin Kiebler erscheint zu einer Sitzung eines Gemeindeausschusses in einem T-Shirt, dessen Aufschrift einen Code für „Heil Hitler“ enthält. Bürgermeister Anton Aichinger verwarnt Kiebler deshalb und droht ihm im Wiederholungsfall mit Sitzungsausschluss. Der Perger FPÖ-Bezirksobmann und -Landtagsabgeordnete Alexander Nerat verteidigt öffentlich Kieblers Verhalten, was breite Kritik auslöst. („Bezirksrundschau Perg“, 28. April, 5. und 12. Mai 2011, und „Die Presse“, 13. Mai 2011)

Der Rechtsextremist Fred Duswald aus Neumarkt-Kallham verhöhnt in einem Artikel im „Freiheitlichen Magazin AULA“ die Holocaust-Überlebende Ruth Klüger, die im Parlament eine Gedenkrede gehalten hat. Außerdem beschimpft Duswald in dem Artikel KZ-Häftlinge als „Landplage“ und „Kriminelle“. Die Israelitische Kultusgemeinde erstattet Anzeige wegen NS-Wiederbetätigung. Die FPÖ-Spitze sieht keinen Anlass zur Distanzierung. („Der Standard“, 29. und 30. Juni 2011) Die „Freiheitlichen Akademikerverbände“, denen die „AULA“ gehört, sind eine FPÖ-Vorfeldorganisation.

Das Verteidigungsministerium „entordert“ den Linzer FPÖ-Obmann Detlef Wimmer in den Reservestand, als bekannt wird, dass er trotz einer – wegen rechtsextremer Kontakte verhängten – Karrieresperre irrtümlich zum Leutnant der Reserve befördert worden ist. Wie das Nachrichtenmagazin „NEWS“ aufdeckt, geht laut dem Akt des Heeresabwehramtes von Wimmer „eine Gefahr für die militärische Sicherheit“ aus. Trotzdem bleibt Wimmer Linzer Sicherheitsstadtrat. („Kurier“, 12. April 2012, und „NEWS“, 19. April 2012)

Der Linzer FPÖ-Obmann Detlef Wimmer beantwortet am 20. April – dem Geburtstag Adolf Hitlers – eine rechtsextreme Anspielung auf Facebook mit „Gefällt mir“. Das Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) und die Grünen fordern seinen Rücktritt. („Österreich“, 26. April 2012)

Wie die Tageszeitung „Österreich“ aufdeckt, will der Linzer FPÖ-Gemeinderat Horst Rudolf Übelacker bei einem Treffen der neonazistischen Zeitung „Volk in Bewegung“ referieren. Stadt- und Landes-FPÖ kündigen Konsequenzen für Übelacker an. Diese unterbleiben aber, als er erklärt, er werde nicht am Treffen der Neonazis teilnehmen. („Österreich“, 20., 21. und 22. September 2012)

Der frühere Linzer FPÖ-Gemeinderat Robert Hauer, der noch bei der Gemeinderatswahl 2009 kandidierte, wird an der Schweizer Grenze wegen illegalen Waffenhandels verhaftet. Bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmt die Polizei zahlreiche Waffen, darunter Maschinenpistolen und Handgranaten. Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung ist Hauer Obmann des rechtsextremen Vereines „Witikobund“, stellvertretender Obmann ist FPÖ-Landesobmann und -Landesrat Manfred Haimbuchner. Erst nach einigen Tagen tritt Hauer als Vereinsobmann zurück. („Österreich“, 12. und 17. Jänner 2013)

Der frühere Welser FPÖ-Funktionär Jochen Lageder, der bei der Gemeinderatswahl 2003 kandidierte, schreibt auf einer rechtsextremen Facebook-Seite, das „Kanackengesindel“ und die „Stadtregierung Koits“ gehörten nach Auschwitz. („Österreich“, 12. Jänner 2013) Die Stadt Wels erstattet Anzeige wegen NS-Wiederbetätigung. Die Welser FPÖ-Spitze distanziert sich von Lageder und behauptet, er sei seit Jahren nicht mehr Parteimitglied.

Der FPÖ-Gemeindevorstand Wolfgang Kitzmüller aus Kirchsschlag bei Linz schreibt auf der Facebook-Seite der FPÖ Linz-Stadt über finanzielle Probleme der Homosexuelleninitiative (HOSI): „Ab mit den Schwuchteln hinters VOEST-Gelände!“ Dieser Satz bleibt tagelang auf der Facebook-Seite. Die KPÖ Oberösterreich erstattet Anzeige wegen NS-Wiederbetätigung, da sich im Bereich der heutigen VOEST ein Außenlager des KZ Mauthausen befand. („Heute“, 23., 24. und 25. Jänner 2013)

Der FPÖ-Gemeinderat Fabian Wetter aus Franking und der FPÖ-Gemeinderat Michael Lindner aus Auroldmünster fallen durch rechtsextreme Aktivitäten auf: Wetter verbreitet u.a. ein Foto der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem Davidstern und der Beschimpfung „Vaterlandsverräterin“, Lindner stellt einen Text der Hitler-Jugend auf seine Facebook-Seite und trägt ein T-Shirt der Neonazi-Band „Ad Hominem“. Der Verfassungsschutz ermittelt. Wetter tritt aus der FPÖ aus. („Kurier“, 13. und 14. Februar 2013)

Der FPÖ-Gemeindevorstand Michael Gruber aus Auroldmünster, zugleich stellvertretender FPÖ-Bezirksobmann von Ried und Landesvorstandsmitglied der Freiheitlichen Arbeitnehmer, fällt durch eine Vorstrafe auf: 2004 wurde er wegen NS-Wiederbetätigung und gefährlicher Drohung zu einer bedingten Freiheitsstrafe von 18 Monaten verurteilt. Er hatte den damaligen Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes in einem E-Mail als „Judenschwein“ beschimpft und mit dem Umbringen bedroht. Gruber tritt aus der FPÖ aus. („Kurier“, 15. und 16. Februar 2013)

Der frühere Linzer FPÖ-Gemeinderat Robert Hauer, bis Jänner 2013 Obmann des rechtsextremen Vereines „Witikobund“, wird vom Landesgericht Linz wegen illegalen Waffenhandels und versuchter Nötigung zu einer Freiheitsstrafe von fünfzehn Monaten, davon fünf Monate unbedingt, verurteilt. Das Urteil wird nicht rechtskräftig. („Kurier“, 19. Februar 2013)

Der Linzer FPÖ-Funktionär Mario Moser bewirbt auf seiner Facebook-Seite die Neonazi-Bands „Zillertaler Türkenjäger“ und „Landser“ sowie eine Demonstration der NPD in Deutschland. Moser tritt aus der FPÖ aus. („Österreich“, 23. Februar 2013)

Diese Auflistung von Aussagen, Kontakten und Aktivitäten aus der FPÖ und ihrem Umfeld erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es handelt es sich nur um einige – allerdings sehr aussagekräftige – Beispiele der letzten Jahre, und zwar nur um Beispiele mit Oberösterreich-Bezug. Viele ähnliche Aussagen und Aktivitäten aus anderen Bundesländern (etwa solche des FPÖ-Nationalratspräsidenten Martin Graf, der Grazer FPÖ-Nationalratsabgeordneten Susanne Winter oder der Amstettner FPÖ-Stadträtin Brigitte Kashofer) wurden hier nicht berücksichtigt.

Trotzdem sind die obigen Beispiele aufgrund der zeitlichen Dichte und des inhaltlichen Gewichts ausreichend, um festzustellen: Die FPÖ ist von ihrer Propaganda und ihrem darin zum Ausdruck kommenden Gedankengut her keine bloß rechtslastige oder rechtspopulistische, sondern eine eindeutig rechtsextreme Partei. Eine glaubwürdige Abgrenzung zu offen rechtsextremen Personen und Organisationen findet nicht statt.⁷ Kennzeichnend ist die Hetze gegen Minderheiten und Andersdenkende.

Mit dieser Hetze wird auch der Boden für neonazistische Aktivitäten aufbereitet.⁷ Deshalb kann die FPÖ, die bei Wahlen kandidiert und Stimmen erhält, nur rein formal eine demokratische Partei genannt werden: Wer durch seine Propaganda immer wieder die Menschen- und Minderheitenrechte sowie den antifaschistischen Grundkonsens der Republik (verankert vor allem im Verbotsgesetz⁶ 1945 und im Staatsvertrag 1955) missachtet, handelt demokratiefeindlich. Es liegt an den demokratischen Parteien, aus diesen Tatsachen den richtigen Schluss zu ziehen.⁸

Wels, am 1. März 2013

Anmerkungen:

¹ Richard Melisch ist u.a. Autor der antisemitischen Agitationsschrift „Krisengebiet Nahost“.

² Der „Bund Freier Jugend“ (BFJ) hat sich 2008 auf „Junge Aktion“ umbenannt. Heute existiert die Organisation in dieser Form nicht mehr.

³ Die FPÖ und die Freiheitlichen Arbeitnehmer geben vor, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten. Die Wirklichkeit sieht allerdings anders aus: Während ihrer Regierungsbeteiligung (2000 – 2004) hat die FPÖ zahlreiche Belastungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mitbeschlossen – von der Pensionsreform über die Anhebung der Rezeptgebühren und die Besteuerung der Unfallrente bis zu Verschlechterungen im Lehrlingsrecht und im Urlaubsrecht der Bauarbeiter. Aber auch die aktuellen Forderungen der FPÖ laufen auf Belastungen hinaus: So verlangt sie eine „echte Privatisierung“ öffentlicher Güter, was erfahrungsgemäß zu Arbeitsplatzabbau, schlechteren Arbeitsbedingungen und teureren Leistungen für die Kundinnen und Kunden führt.

⁴ Konrad Windisch, Schriftleiter der von der rechtsextremen „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“ (AFP) herausgegebenen Zeitschrift „Kommentare zum Zeitgeschehen“, wurde 1996 wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung zu einer bedingten Haftstrafe von einem Jahr verurteilt.

⁵ Zitat Andreas Mölzer: „Wir sind da ja in der Heimat des Fräulein Zogaj. Ich wusste gar nicht, dass wir im Kosovo sind.“ Zitat Heinz Christian Strache: „Wenn ich Bundeskanzler bin, gibt’s eine Familienzusammenführung – im Kosovo!“ („profil“, 6. Juli 2009)

⁶ FPÖ-Bundesobmann Heinz Christian Strache hat sich mehrfach ausdrücklich für die Aufhebung des Verbotsgesetzes ausgesprochen, was eine Legalisierung nationalsozialistischer Wiederbetätigung bedeuten würde. (vgl. z.B. „Vorarlberger Nachrichten“, 23. Februar 2007)

⁷ Eine Fülle von Fakten liefert dazu das Buch „Strache im braunen Sumpf“ von Hans-Henning Scharsach (Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 2012, 336 Seiten). Besonders hingewiesen sei auf das Kapitel „Oberösterreich: Wo FPÖ und Neonazismus miteinander verschmelzen“ (ab Seite 183).

⁸ Der „Standard“-Journalist Hans Rauscher schreibt in einem Kommentar zur politischen Entwicklung Österreichs: „Wenn ÖVP oder SPÖ die extreme Rechte wider alle Erfahrung doch weiter als Partner sehen, statt sie energisch und einfallsreich zu bekämpfen, dann wird das in der Zerstörung des demokratischen Systems enden.“ („Der Standard“, 10. Juni 2009)